

Kernpunkte der Freien Demokraten

zur Flüchtlings- und Asylpolitik

Eine Zusammenfassung der wichtigsten Forderungen der FDP zur Bewältigung der Flüchtlingskrise in Baden-Württemberg, Deutschland und Europa.

1) Unsere Wertehaltung:

Wir bekennen uns zu unserer humanitären Verantwortung, Menschen in Not Schutz zu bieten und zu helfen, wo wir können. Gleichzeitig müssen wir es schaffen, das Chaos in der Flüchtlingspolitik zu beenden und Recht und Ordnung zum Wohle der Bürger und der Flüchtlinge wiederherzustellen.

2) Maßnahmen in Europa

Die Anzahl der Menschen die zu uns kommen, werden wir dieses Jahr verkraften. Aber wir schaffen das nicht jedes Jahr. Deshalb muss innerhalb der Europäischen Union fair und solidarisch zusammengearbeitet werden. Dafür brauchen wir:

- a. Ein faires Verteilungssystem für Flüchtlinge in der Europäischen Union – Einführung von Länderkontingenten
- b. Eine Einrichtung von Hotspots (Aufnahmezentren) in einigen Mitgliedstaaten, die dabei massiv finanziell und personell durch die übrigen Mitgliedstaaten unterstützt werden müssen
- c. Aufbau und Ausbau eines echten europäischen Grenzschutzes
- d. Bis ein europäisches System aufgebaut ist, gilt es nationale Registrierungszentren aufzubauen, die alle Einreisenden bei Grenzübertritt erfassen

3) Maßnahmen in den Krisengebieten

- a. Aktive Rolle Deutschlands bei der Stabilisierung in Syrien und den Nachbarstaaten
- b. Schaffung von sicheren und menschenwürdigen Zuständen in Flüchtlingslagern in der Türkei, dem Libanon und Jordanien
- c. Um den Konflikt in Syrien abzukühlen, muss auch mit unangenehmen Partnern verhandelt werden. Es gibt keine einfachen Lösungen. Wir müssen zusammen mit der Türkei, Russland, Saudi-Arabien, Iran und weiteren Akteuren in der Region zu einer Lösung kommen – auch wenn uns das manchmal schwerfällt

4) Maßnahmen in Deutschland und Baden-Württemberg

- a. Wir brauchen ein liberales Einwanderungsgesetz – das klar regelt, wer nach welchen Kriterien auch langfristig in Deutschland bleiben kann – Dabei soll der Übergang vom Flüchtlingsstatus in die geordnete Einwanderung auch Motivation und Ansporn für Flüchtlinge sein, sich zu qualifizieren und zu integrieren
- b. Wir streben einen humanitären Schutzstatus für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge in der Europäischen Union an. Deutschland kann das Instrument des vorübergehenden Schutzes gegenwärtig nicht nutzen, da der notwendige EU-Beschluss nicht absehbar ist. Daher ist es sinnvoll, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, dieses Instrument für die deutschen Behörden auch unabhängig von einem solchen Beschluss anwendbar zu machen. Kriegsflüchtlinge könnten dann schnell und unbürokratisch einen verlässlichen Aufenthaltstitel in Deutschland erhalten. Die für das Asylverfahren zuständigen Behörden würden deutlich entlastet, da entsprechende Anträge von der Bearbeitung ausgeschlossen werden
 - i. Politisch Verfolgte oder Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention erhalten Asyl – und zwar schneller, weil die zuständigen Behörden von den massenhaften Anträgen entlastet werden.
 - ii. Kriegsflüchtlinge, die nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen und die Kriterien eines modernen Einwanderungsgesetzes erfüllen, erhalten sofort Zugang zum Arbeitsmarkt. Wer in der Folge für seinen Lebensunterhalt sorgen kann, erhält einen dauerhaften Aufenthaltstitel.
 - iii. Kriegsflüchtlinge, die die Kriterien eines modernen Einwanderungsgesetzes nicht erfüllen, müssen nach Beendigung des bewaffneten Konflikts in ihrer Heimat ausreisen oder erforderlichenfalls zurückgeführt werden.
- c. Arbeitsmigration aus den sicheren Herkunftsstaaten im Westbalkan soll möglich bleiben – allerdings nach strengen Kriterien und der Wiedereinführung der Visumpflicht
- d. Flüchtlinge mit geringer Bleibeperspektive müssen schneller und konsequenter abgeschoben werden
- e. Flüchtlinge, die nach Deutschland einreisen, müssen sofort nach Ankunft registriert werden
- f. Neben der Registrierung muss gleich bei Ankunft auch eine Gesundheitsüberprüfung und Qualifikations- und Kompetenzabfragen erfolgen

Kernpunkte der Freien Demokraten

zur Flüchtlings- und Asylpolitik

- 5) **Weniger Bürokratie im Asylverfahren**
 - a. Um Mehrfacherfassungen zu vermeiden, muss von jedem Flüchtling ein einziger Datensatz (Flüchtlingskarte) erstellt werden – auf den alle zuständigen Behörden zugreifen können
 - b. Die Kompatibilität der Datenverarbeitungssysteme der verschiedenen Behörden und zwischen Bund, Land und Kommunen muss rasch vorangetrieben werden
- 6) **Arbeitsmarktintegration**
 - a. Flüchtlinge sollen schnell ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können
 - b. Frühe Erfassung der Qualifikationen der ankommenden Flüchtlinge
 - c. Schnelle Vermittlung in Ausbildung oder Arbeit derjenigen mit hoher Bleibeperspektive
 - d. Ermöglichung der schnellen Beantragung der Anerkennung von Berufs- oder Studienabschlüssen
 - e. „Bündnis für Integration in Arbeit“: Länder, Verbände, sowie Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen müssen zusammenarbeiten, um schnell und unbürokratisch Praktika, Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze zu vermitteln
 - f. Weniger Hürden für Praktika – Aussetzung des Mindestlohns für das erste Jahr
 - g. Abschaffung der Vorrangprüfung
 - h. Öffnung der Zeitarbeit für Flüchtlinge
- 7) **Unterstützung für Kommunen**
 - a. Die Kommunen mit LEA-Einrichtungen massiv finanziell, logistisch und personell unterstützen, damit die dramatischen Zustände in den Einrichtungen nicht zur Gefahrenzone für Flüchtlinge und Anwohner werden. Hierzu muss auch die Polizeipräsenz dringend erhöht werden
 - b. Eine faire und transparente Verteilung der Flüchtlinge unter Beteiligung der Bürger
 - c. Eine sinnvolle Strategie, um rechte Gewalttaten zu bekämpfen
 - d. Nur Flüchtlinge mit einer entsprechenden Bleibeperspektive an die Kommunen verteilen
 - e. Asylanträge zeit- und wohnortnah bearbeiten
 - f. Förderprogramme des Landes bei der Flüchtlingsunterbringung stärker an den Bedürfnissen kleiner Kommunen ausrichten
- 8) **Bildung und Spracherwerb als Erfolgsrezept für eine gelungene Integrationspolitik**
 - a. Spracherwerb ist der zentrale Schlüssel in der Gesellschaft und im Arbeitsmarkt
 - b. Sprachstandabfrage der Sprachen Deutsch und Englisch in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Sprachkurse für alle Flüchtlinge ab dem ersten Tag
 - c. Bei den Flüchtlingen, die an keinen vom Bund finanzierten Kurs teilnehmen können, ist das Land in der Pflicht. Neben pensionierten Lehrern, Lehramtsstudenten, und Referendaren, sehen wir die weitere Qualifikation fachfremder Lehrer oder auch Ehrenamtlicher als Chance sowie die Einbindung privater Sprachschulen.
 - d. Mehr Lehrkräfte für „Deutsch als Fremdsprache“ für Vorbereitungsklassen, mehr Mittel für Dolmetscher, Sozialarbeiter und Lehrmaterial für Schulen, die Vorbereitungsklassen anbieten
- 9) **Weitere Maßnahmen**
 - a. Gesundheitsstationen in Erstaufnahmeeinrichtungen
 - b. Gesundheitskarte nur für Flüchtlinge, die auf die Kommunen verteilt werden und damit eine Bleibeperspektive in Deutschland erhalten
 - c. Keine Zwangsent eignungen von Wohnraum durch Städte und Land
 - d. Rücknahme der Mietpreisbremse und bestehender landesrechtlicher Vorschriften, etwa des Zweckentfremdungsverbots oder unsinniger Vorschriften aus der Landesbauordnung
 - e. Förderung von sozialem Wohnungsbau im Land durch Mobilisierung von privatem Kapital – Anreize durch weniger Bürokratie und zusätzlichen Abschreibungsmöglichkeiten
- 10) **Wir schaffen das, aber wir müssen auch sagen, wie!**
 - a. Wir wollen konstruktive Vorschläge statt populistische Parolen
 - b. Eine Kultur der pragmatischen Lösungen statt der Angst und Pessimismus
 - c. Weg vom Krisendiskurs in eine gesellschaftliche Diskussion über Mittel und Wege des vernünftigen Umgangs mit Flüchtlingen
 - d. Mehr Informationen zu unserer Flüchtlings- und Asylpolitik finden Sie unter www.fdp-bw.de/fluechtlinge und www.fdp.de/fluechtlinge